

52/J XXII.GP

Eingelangt am: 23.01.2003

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Einleitung eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens wegen mangelhafter Umsetzung der EU-Legehennen-Richtlinie

Die Europäische Kommission hat gegen Österreich die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet, weil es bisher offenbar versäumt wurde, die 1999 verabschiedete Richtlinie zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen (1999/74/EC) umzusetzen. Wie alle Mitgliedstaaten wäre auch Österreich verpflichtet gewesen, die Richtlinie bis zum 1. Januar 2002 in nationales Recht umzusetzen und die Kommission unverzüglich davon zu unterrichten.

Die Übermittlung einer so genannten "mit Gründen versehenen Stellungnahme" ist der zweite Schritt im Vertragsverletzungsverfahren. Österreich muss nun innerhalb von zwei Monaten eine mit Gründen versehene Stellungnahme abgeben. Danach kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof mit dem Fall befassen.

Zweck dieser Richtlinie ist es, den Schutz von Legehennen bei Batteriekäfighaltung und anderen Haltungssystemen zu verbessern. Die Richtlinie 1999/74/EG legt aktualisierte Mindestanforderungen für den Schutz von Legehennen fest. Außerdem ermöglicht sie es den Mitgliedstaaten, auf ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet strengere Tierschutznormen einzuführen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Hat der Bund jemals die Umsetzung der EU-Legehennenrichtlinie (1999/74/EC) bei den Bundesländern eingemahnt und in welcher Weise? Wenn nein, warum nicht?
2. Welche Bundesländer sind bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz von Legehennen säumig?
3. Wie wird die Säumigkeit Österreichs gegenüber der EU begründet?
4. Was werden Sie unternehmen, damit die genannte EU-Richtlinie sofort umgesetzt wird?

5. Welche Vertragsverletzungsverfahren sind derzeit auf Bundes- oder Landesebene in Angelegenheiten des Tier- und Konsumentinnenschutzes anhängig, welche Bundesländer sind davon betroffen und in welchem Verfahrensstadium befinden sich die Angelegenheiten derzeit?